

Wärmewende

Stadtwerke haben den Schlüssel

[22.11.2017] VKU und AEE fordern die Politik auf, den Wärmesektor stärker in den Blick zu nehmen. Die Wärmeversorgung müsse schrittweise auf erneuerbare Quellen umgestellt werden. Dafür müssten die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) haben heute (22. November 2017) mehr politisches Augenmerk für den Klimaschutz im Wärmebereich gefordert. Bei einem gemeinsamen Pressegespräch in Berlin sagte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche: „Wir brauchen nicht nur die Strom- oder Verkehrswende, sondern auch die Wärmewende. Der Schlüssel dazu sind die Stadtwerke mit ihren Wärmenetzen. Die Infrastrukturen der KWK sind die Basis für eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Wärmeversorgung. Nur so wird es realistischer, die Klimaziele zu erreichen.“ AEE-Geschäftsführer Philipp Vohrer ergänzte: „Bei der Wärmeerzeugung entstehen in Deutschland mehr als ein Drittel aller energiebedingten Klimagas-Emissionen. Wir müssen den Blick daher auf den Wärmesektor richten. Effiziente erneuerbare Technologien stehen bereit.“

Nach den Worten von Reiche muss es das Ziel sein, auch die Wärmeversorgung schrittweise auf erneuerbare und emissionsarme Quellen umzustellen. Konkret bedeute dies, in die bestehenden Wärmenetze in Zukunft mehr und mehr unterschiedliche Wärmequellen wie Solar-, Geothermie, Biomasse oder Abwärme aus Industrieanlagen aufzunehmen. Kommunale Unternehmen gestalten bereits heute vielerorts die Wärmewende vor Ort. Vohrer: „Dass die lokale Wärmewende gelingen kann, zeigen die Projekte engagierter Bürger und Unternehmen vor Ort, zum Beispiel die von der AEE ausgezeichneten Energie-Kommunen. Hier wird deutlich: Jede Gemeinde in Deutschland hat ungenutzte Potenziale.“ Als Beispiele für die kommunale Wärmewende nannten beide Verbände die Städte Wuppertal und Potsdam. Der vollständige Umbau des Wuppertaler Fernwärmenetzes habe die Schließung eines fast 120 Jahre alten Kohlekraftwerkstandortes ermöglicht. In Potsdam konnte durch die Kombination energieeffizienter Gebäudemodernisierung und dem Aufbau eines Wärmespeichers in Verknüpfung mit einem Elektrodenkessel ein Stadtteil komplett auf grüne Fernwärme umgestellt werden.

Anders als am Strommarkt stagniere jedoch im Wärmesektor der Anteil erneuerbarer Energien, weil faire Wettbewerbsbedingungen für die Erneuerbaren im Wärmebereich fehlten. Nach Auffassung von Katharina Reiche ist zudem das Planungsrecht bislang noch nicht darauf ausgerichtet, eine nachhaltige Wärmeversorgung zu ermöglichen. Reiche: „Wenn wir Emissionen im Wärmebereich signifikant reduzieren wollen, müssen die politischen Rahmenbedingungen auf vielen Ebenen angepasst werden. Einen Königsweg dafür gibt es nicht, hier ist Politik gefordert.“

(al)

Stichwörter: Politik, AEE, VKU, Wärmeversorgung